

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

16.3.1923 (No. 64)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Erschließung:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. n. d.
Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für März 1923 3,00 M. — Einzelnummer 150 M. — Anzeigengebühr: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Querformat. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifliche Rabatte, der als Kasierkonto gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antike Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoführung fallen der Redaktion ferner: Erklärungs- und Karlsruher. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Währungsdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung versetzt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Wahrheiten.

Otto Lehmann-Ruhlschütz schreibt im neuesten Heft der „Weltbühne“:

„Die deutsche Liga für Menschenrechte hat der Reichsregierung nachstehende Resolution unterbreitet:

Zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage weist die Deutsche Liga für Menschenrechte auf das Sachverständigenurteil der Herren Cassel und Keynes vom Oktober 1922 hin:

1. Sie fordert schärfste Bekämpfung des Wuchers der Rohstoffmonopole, wodurch die deutsche Wirtschaft mehr und mehr geschädigt und Deutschland zahlungsunfähig gemacht wird.

2. Sie bemängelt die gänzlich unzureichende Erfassung der Gewinne, die beim Export erzielt werden.

3. Sie richtet das dringende Ersuchen an Regierung und Reichstag, endlich dem Standal der bisherigen Steuergesetzgebung und Steuererhebung ein Ende zu machen.

Für die Zwangsanleihe, die teilweise schon 1922 erhoben werden sollte, sind bis heute noch keine Einschätzungsformulare ausgegeben. Der materielle Inhalt der Zwangsanleihe ist eine traffe Bevorzugung des Sachwertbesitzes. Aktienbesitzer brauchen vielfach nur ein Fünftelteil, Forstbesitzer nur ein Zweifelhundertel des heutigen Wertes zu versteuern. (Zwischen hat der Reichstagsabgeordnete Wels nachgewiesen, daß nur etwa ein Dreihundertstel des wirklichen Wertes bei Aktien verlangt wird und bei Waldbesitzern nur ein Sechshundertstel).

Die Einkommensteuer (Lohnsteuer), die im Dezember 1922 zu 84 Prozent von den Lohn- und Gehaltsempfängern bestritten wurde, läuft in der Praxis auf eine Liebesgabe an den Grund- und Kapitalbesitz aus. Sie wird denen, die von ihrem Arbeitseinkommen leben, automatisch sofort abgezogen. Die andern Steuerpflichtigen zahlen ihre Einkommensteuer so spät, daß ihr Realwert für den Staat nur noch eine Bagatelle ist. Auch für die Einkommensteuer sind die Steuerformulare allgemein noch nicht verteilt.

Im Interesse der innen und außen Politik und der Gerechtigkeit muß unser Steuerrecht umgeändert werden. Grund auf umgestaltet werden. (Das Geldwertengesetz entspricht diesem Verlangen, was auch zunächst nur teilweise.)

Nicht nur die Kohlensteuer ist im Umfang von 22 Milliarden den Besessenen auf Monate hinaus gestundet worden; auch mit den Exportabgaben und der Lohnsteuer steht es ähnlich. Das „Berliner Tageblatt“ sprach am Abend des 1. März im Handelsrat von der bedenklichen Finanzpolitik der Zollverwaltung, wonach die Ausfuhrabgaben auf sechs Monate gegen Sicherheitsleistung gestundet werden können. Das Landesfinanzamt Groß-Berlin hat in einer Anweisung vom 24. März 1923 sogar „dringend“ empfohlen, von der Stundung in möglichst weitem Umfang Gebrauch zu machen. Wenn man erwägt, daß monatlich beim Landesfinanzamt Groß-Berlin 6 Milliarden an Ausfuhrabgaben in Frage kommen, so hat man ein Bild von den Liebesgaben an Fabrikanten und Exporteure. Und ein Rundschreiben des Reichsverbandes der Industrie aus Krefeld vom 5. Februar 1923, Abteilung Nr. 6, S. 1, informiert die Mitglieder, daß künftighin die von den Arbeitern und Angestellten einbehaltene Lohnsteuer auf Grund unserer Bemühungen nicht mehr sofort, sondern erst nach einem Jahr den Finanzämtern zugeführt werden muß.

Wie sehr der schrankenlose Wucher der Rohstoffquellen-Zuhälter gebietet ist, geht daraus hervor, daß der Weltmarktpreis für Eisen weit unter dem Preis des deutschen Eisens ist.

Und die Einkommensteuerverhältnisse? ... Die englischen Einkommensteuern werden getragen ausschließlich von Einkommen über 4500 Schilling; eine Lohnsteuer besteht in England nicht. Praktisch tragen die Einkommensteuer in England nur die besitzenden Klassen, und die breiten Massen sind steuerfrei; in Deutschland bezahlen praktisch die Lohn- und Gehaltsempfänger die Einkommensteuer, und die Besitzenden sind (zurzeit) so gut wie frei davon.

Wenn man auch berücksichtigen muß, daß England ein viel reicheres Land ist als Deutschland, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß in Deutschland die Vielen, die wenig haben, die Staatssteuern bezahlen, und die Wenigen, die viel haben, sich davor drücken, und daß es in England gerade umgekehrt ist, wo die breitesten Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger überhaupt von der Einkommensteuer befreit sind. Der „Vossischen Zeitung“ schreibt eine Engländerin: „Auf Steuerhinterziehung ist bei uns nicht nur eine furchterliche Geldstrafe gesetzt, sondern sogar Gefängnisstrafe, die auch vollstreckt wird. Herzöge, Lords, alte Familien müssen Bestätigungen, die sie Jahrhunderte inne hatten, aufgeben, da sie die Steuern nicht mehr erdulden können.“ Bei uns ...

Politische Neuigkeiten.

Die Ruhrbevölkerung an das deutsche Volk!

Aus der Bevölkerung des Ruhrgebiets dringt ein Aufruf an das deutsche Volk. Da eine vollständige Aufführung aller unterzeichneten Körperschaften, Vereine und Verbände sich wegen Raummangels verbietet, sei zusammenfassend erwähnt, daß der Aufruf die Unterzeichner des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der großen Arbeitgeberverbände sowie der wirtschaftlichen Organisationen des Ruhrgebiets trägt. Der Aufruf lautet:

„Deutsches Volk! Seit Wochen steht die Ruhrbevölkerung in schwerem Abwehrkampf gegen den gewaltsamen Einbruch in friedliches deutsches Land. Die gemeinsame Not hat in allen Schichten des bergewaltigen Gebiets den großen Willen zu unerschütterlichem Widerstand gegen den unsern Vaterland zugehörigen Todesstreich entfacht. In eisernem Geschloß stehen wir Männer und Frauen an der Ruhr in Treue zusammen. Aller Mord und alle Gewalt an deutschem Gut und Blut haben nur vermocht, den Widerstand zu erhärten. Die Stimmung im feindlichen Lager ist deshalb nicht hoffnungslos. Jetzt entschlossen auszuweichen vermag die Front nur dann, wenn die Seimat unzerstört und einmütig hinter ihr steht.“

Deutsche Heima! Wir festeln hier den entscheidenden Kampf zwischen dem entworfenen Deutschland und dem in Waffen stehenden Frankreich. Werzich nicht die bestialischen Worte unseres Todfeindes Clemenceau, daß 20 Millionen Deutsche jubelnd leben! In diesem Ringen um Sein oder Nichtsein, um Freiheit oder Sklaverei lasse unsere Wünsche nach Einigkeit und Unterwerfung mit allen deinen Kräften einen mächtigen Widerstand in deinem Herzen finden. Bildet hinter uns eine geschlossene Front, auf die wir uns stützen können. Haltet uns die Treue. Unser Schicksal ist auch dein Schicksal, unser Gut ist auch dein Gut, aber unser Sieg ist auch dein Sieg.“

Die Verwirklichung der Brüsseler Beschlüsse.

Aber das Regime, das in den besetzten Gebieten von der französischen und belgischen Regierung nunmehr eingeführt werden soll, veröffentlicht das „Deure“ folgende Zusammenstellung:

1. Militärische Organisation: Das französische Kontingent werde um 16 000 Mann vergrößert werden, das belgische um 5000 Mann. Insgesamt würden die beiden Armeen aus 90 000 Mann bestehen, zu denen 10 000 mobilisierte Eisenbahner hinzuzugählen seien.

2. Ingenieurmission: Diese werde künftig unmittelbar General Degoutte unterstehen. Es werde künftig zwei Missionen geben; eine französische unter Francken und eine belgische unter der Leitung des Ingenieurs Genecarte.

3. Eisenbahn-Regime: Dieses werde auf Grund der Brüsseler Konferenz keine Änderung erfahren.

4. Räumung der Kohlen- und Koksfläze: Der in Brüssel aufgestellte Plan laufe darauf hinaus, diese Maßnahme auf einer Reihe von Kohlenzentren nacheinander durchzuführen. Es entspreche den Vorschlägen des Marschalls Foch, der angeordnet habe, den deutschen Widerstand dadurch zu brechen, daß man Koks und Kohlen aus dem Ruhrgebiet heraushole, statt die Befehle weiter auszugeben, wie es General Degoutte verlangt habe.

5. Ausfuhrbewilligungen: In Brüssel sei es den Belgiern gelungen, die Ausschaltung sämtlicher Maßnahmen durchzuführen, die für den auswärtigen Handel eine unnötige Einschränkung darstellen. Ein Beamter des Quai d'Orsay habe sich nach Köln begeben, um dort zu versuchen, das in Brüssel vereinbarte Regime den berechtigten Bedürfnissen der belgischen Industrie und der Neutralen anzupassen. — Das „Deure“ meint, vielleicht hätte man mit dieser Arbeit besser einen Handelsnachverhandlungen betraut. Die englische Regierung, die Lord Kilmarnock in Köln einen Beamten des Handelssekretariats beigegeben habe, sei darin logischer, Konsultationen müsse man dieser Frage gemeinschaftlich Aufmerksamkeit schenken, wenn man über Zwischenfälle und eine noch größere Spannung zwischen England und Frankreich vermeiden wolle.

Französisches Ehrenwort ...

Der französische General Degoutte hat kürzlich ausländischen Journalisten sein Ehrenwort gegeben, daß in Neidlinghausen die diebstahlische nicht zur Anwendung gekommen sei. Von deutscher Seite ist eine eingehende amtliche Untersuchung angestellt worden. Ein Zeuge sagt aus, daß er an dem gleichen Abend, an dem der Theatersandal stattfand, in dem daneben liegenden Café gefessen habe. Richtig sei der Ruf ertönt: „Innerhalb einer Sekunde raus!“ Die Offiziere zogen die Hüte mit der Keitpeitsche, das Café zu räumen. Der Zeuge hat dann gesehen, wie die Offiziere ins Theater stürzten und dort die Zuschauer vertreiben. Ein anderer Zeuge Dr. med. F. sagt aus, er habe beobachtet, wie zwei Herren im Theater von Offizieren der Hut vom Kopf geschlagen worden sei. Als der eine der beiden eine empörende Miene machte, wurde er mit dem Knäuel einer Keitpeitsche über den bloßen Kopf mit starker Wucht geschlagen. Dem Zeugen selbst wurde beim Verlassen des Theaters von einem Offizier ebenfalls zweimal der Hut vom Kopf geschlagen. Andere Zeugen sagen aus, daß am gleichen Tage auch die Gäste der Wirtschaft Wurow unter den Ruf: „Sal boche, cochon allemand!“ mit Keitpeitschen mißhandelt wurden. Am Sandweg stürzte sich ein Trupp von zwanzig Soldaten unter Führung von Offizieren auf die vorbeiziehenden Bürger und hieb mit Kolben, Peitschen, Keitpeitschen auf die Leute ein. So liegen die Dinge. Aber General Degoutte gibt den Journalisten sein Ehrenwort ...

Auch eine Trauerkomödie.

Der Epilog von Duer entspricht der Tragödie, die sich abgepielt hat. Das Drama schließt mit der tiefsten Beleidigung, die einem freien Volk zugefügt werden konnte. Die Leiden der drei Deutschen mühten Verbrechern gleich in der Morgendämmerung ins Grab gesenkt werden. Nur die nächsten Angehörigen durften teilnehmen, nicht einmal die Überführung des aus Gelsenkirchen stammenden Toten nach seiner Heimat wurde gestattet. Für die beiden französischen Offiziere aber wurde eine Trauerfeier veranstaltet, deren äußere Aufmachung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer inneren Verachtung stand. Besonders Relief erhielt die Leichenfeier durch die Anwesenheit der Generalität, vor allem des Generals Degoutte und des Kriegsministers Maginot. Aber weder dies noch die Teilnahme der vielen Feldgeistlichen, an ihrer Spitze der Armebischof von Arras, kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß man es für gut befunden hat, aus Freijuggründen der Welt eine Komödie vorzuspielen, die über die unangenehme Wahrheit hinwegtäuschen soll.

Auf den Warntuf der schwedischen Bischöfe hat der Kardinalerzbischof von Paris, Dubois, geantwortet: „Frankreich ist sich bewußt, entsprechend den Forderungen der Gerechtigkeit zu handeln ohne die Ansprüche der Nächstenliebe zu verleihen.“ Aus dieser Geistesverfassung heraus mögen die französischen Feldgeistlichen heute an der das primitivste Gerechtigkeitsgefühl vertretenden Zeremonie teilgenommen haben, aus dieser Geistesverfassung heraus mögen sie sich wohl überhaupt zu der Teilnahme an dem ganzen „Feldzug“, dessen einzelne Aktionen sie ja des öfteren begleiten, haben kommandieren lassen.

Schnellfeuer auf einen Güterzug.

Die Blätter melden aus Gelsenkirchen: Der fahrplanmäßige Güterzug Waune-Boltrop wurde gestern früh kurz vor der Nordbrücke bei Boltrop durch Signal von dem an der Einfahrt stehenden Wachtposten zum Halten aufgefordert. Trotz stärkstem Bremsen gelang es dem Lokomotivführer nicht, den in voller Fahrt befindlichen Zug nach vor der Brücke zum Stehen zu bringen. Die Spitze des Zuges rühte noch einige Meter über die Brücke vor. Sofort eröffneten die Franzosen Schnellfeuer auf die Maschine und verwundeten den Feizer durch zwei Drahtschüsse lebensgefährlich. Nach Untersuchung der Lokomotive und des Radwagens konnte der Zug die Fahrt fortsetzen. Der schwerverwundete Feizer wurde in Barnap ausgeladen und ins alte Essener Krankenhaus verbracht.

Deutscher Reichstag.

Das Geldwertengesetz angenommen.

Die gestrige Sitzung galt der dritten Beratung der Vorlage über die Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertwertung.

Der sozialdemokratische Abg. Herz verwarf die ganze Vorlage, da sie nicht die gewünschte Lösung bringe und den Besitz weiterhin einseitig bevorzuge. Unsere verkehrte Steuerpolitik habe die schwebende Schuld bis zum Ende Februar auf 4700 Milliarden erhöht, wenn auch Frankreichs Gewaltpolitik zu einem geringen Teil daran mitschuldig sei. Der Versuch des früheren Wirtschaftsministers Schmidt mit einer aktiven Währungs politik sei schon damals an der geschlossenen Abwehrfront der Bürgerlichen gescheitert. Alle Besitzsteuern zusammen hätten nur 11 Milliarden Mark erbracht, also nur ein Viertel des Ertrags des Lohnabzuges in einem einzigen Monat. Von 100 Mark Steuern in Deutschland würden nur 4 Mark vom Besitz aufgebracht. Diese Zahlen müßten im Ausland bekannt werden, damit man dort erkenne, daß bei uns der Besitz geschont werde und der Arbeiter viel stärker belastet sei als im Ausland. Redner fragt den Finanzminister, ob er die innen- und außenpolitische Verantwortung für die Zustimmung zu diesen Beschlüssen übernehmen könne und erklärt die Ablehnung der Vorlage durch seine Partei.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erwiderte, daß der Ausschuss die Vorlage keineswegs verschlechtert habe. In manchen Punkten sei sogar das Gegenteil der Fall. Eine befriedigende Lösung und eine Steuerpolitik auf lange Sicht könne bei den jetzt schwankenden Wertschwankungen nicht erreicht werden. Das Ausland habe dies anerkannt. So z. B. stellte die Sachverständigenkommission in Brüssel fest, daß die deutschen Besitzsteuern überspannt seien. Die Zahlungsverpflichtungen dürfen nicht so verschärft werden, daß sie eine Hemmung der Produktion bedeuten. Die Stützungsaktion, die bereits eine erhebliche Wertberminderung aller Papiere gebracht hat, soll fortgesetzt werden. Doch lege diese natürlich auch der legalen Wirtschaft schwere Opfer auf. Der Minister bespricht dann die im Gesetze erreichten Verbesserungen und sucht durch Beispiele die unrichtigen sozialdemokratischen Behauptungen zu widerlegen. Tatsache sei, daß eine Neuordnung der ganzen Finanzpolitik erst möglich sei, wenn wir wieder festen Boden unter den Füßen haben. Die jegliche Vorlage sei eine Stufe zur Konsolidierung und Sanierung unserer Finanzen.

Auch der Abg. Helfferich (D.-Nat.) bezeichnet die Vorlage als ein unvollkommenes Fließnetz, das aber bei den heutigen Verhältnissen einzuweilen in Kauf genommen werden müsse. Schuld an unserer zerrütteten Finanzgebarung sei die Gewalt politik Boinecarés, nicht die deutschen Steuerzahler. Mit dieser Lüge müsse aufgeräumt werden, auch im Ausland, wozu allerdings solche Ausführungen wie die des Abg. Herz nicht beitragen. Sie hätten gerade das Gegenteil zur Folge, was der Redner durch Zitate aus der französischen Presse belegt. Seine Ausführungen endigen mit einer Polemik gegen die Sozialdemokraten, insbesondere gegen den Abg. Herz, was zu minutenlangen Räumungen auf beiden Seiten führt.

Der Zentrumsbsp. Lange-Hegermann bekundet die Zustimmung der christlichen Gewerkschaften im Einvernehmen mit dem Zentrum.

Abg. Dr. Wolbenauer von der Deutschen Volkspartei bezeichnet die Vorlage als einen Notbehelf. Es müsse vermieden werden, die Wirtschaft zu stören und die Substanz anzugreifen. Der Demokrat Reinach schließt sich an. Er sucht gabelnmäßig nachzuweisen, daß in keinem Lande der Welt der Besitz stärker belastet ist als in Deutschland.

Der Kommunist Könen lehnt die Vorlage ab. Der Abg. Herz verteidigt sich gegen die erhobenen Angriffe, wobei er sich insbesondere mit dem Abg. Dr. Helfferich auseinandersetzt.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Die einzelnen Artikel werden unter Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Die Mehrheit wird von den bürgerlichen Parteien gebildet. In der namentlichen Abstimmung wird die Vorlage mit 209 gegen 146 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen, ebenso die Entschließung der Sozialdemokraten auf grundlegende Reform der Einkommensteuer mit vereinfachter Einziehung nach dem Vorbilde der Lohnsteuer, und die vom Ausschuss eingebrachten Entschließungen.

Nachdem vom Abg. Dr. Nießer (D. Vp.), namens des Zentralvorstandes der Organisation des Bankgewerbes erklärt worden war, daß man es nicht billigen würde, wenn sich die Bankiers ihrer staatsbürgerlichen Pflicht entsprechende Ausarbeitung der Zwangsanleihe und Vermögenssteuer für ihre Kunden entziehen würden, verläßt sich das Haus auf heute, Freitag nachmittags.

Kurze Nachrichten.

Kriegsgerichtsurteile gegen Beamte. Fünfzehn höhere und mittlere Postbeamte aus Mainz, die vor dem französischen Kriegsgericht unter der Anklage standen, anlässlich der Verhaftung des Postdirektors Klingelhöfer ihren Posten verlassen und die ihnen unterstellten Beamten und Arbeiter zum Streik verleitet zu haben, wurden zu Gefängnisstrafen von sieben Monaten und 25 000 M. Geldstrafe bis zu einem Jahr Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe verurteilt. Ein Telegraphendirektor wurde freigesprochen. Die Familien der meisten Angeklagten sind bereits aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Der Oberpostmeister Wilhelm Schiff in St. Goarshausen erhielt, weil er, entsprechend den Anweisungen seiner vorgesetzten Behörde, einem ihm von der französischen Besatzungsbehörde erteilten Befehle, telegraphische und telephonische Verbindung mit dem nennbesetzten Gebiete von Gaus herzustellen, keine Folge geleistet hat, ein Jahr Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe.

Verhaftete Redakteure. Der Leiter der Agentur Mainz des Wolffschen Nachrichtenbüros Steufmehl ist von den Franzosen verhaftet und sofort ausgewiesen worden. Seine Familie hat binnen vier Tagen das besetzte Gebiet zu verlassen. Der verantwortliche Redakteur des „Mainzer Anzeigers“, Rohlfach, wurde vom französischen Militärpolizeigericht wegen einer als Beleidigung für die Besatzungstruppen angesehenen Zeitungsnote zu einem Monat Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe verurteilt. Gestern morgen wurden der Chefredakteur der „Dortmunder Zeitung“ Hörster und der Redakteur Rohde von den Franzosen verhaftet. Um 8 Uhr wurden die Redaktionsräume von den Franzosen durchsucht.

Zeitungsverbote. Die „Freie Pfälzische Presse“ und der „Pfälzer Volksbote“ sind von den Franzosen für drei Tage verboten worden wegen Veröffentlichung der Nachricht, daß die beiden französischen Offiziere in Buer von französischen Alpenjägern erschossen worden sind. Aus demselben Grunde wurde die „Birmasener Zeitung“ gleichfalls auf 3 Tage verboten.

Hilfe für die Not der Presse. Die Handelskammer Frankfurt a. M. hat teilnehmend von ihr gefassten Entschluß mit: „Die Not der Presse fordert unbedingt, daß die gesamten wirtschaftlichen Kreise die Tages- und Fachpresse durch Anwendung von Anzeigenaufträgen, Aufrechterhaltung des Bezugs und Zuwendung von Druckaufträgen unterstützen. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Presse für die Allgemeinheit, auf die Wichtigkeit einer unabhängigen Presse für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland und auf die schwierige Stellung der Presse in dem gegenwärtigen Abwehrkampf an Rhein und Ruhr fordern wir Industrie und Handel unseres Bezirkes auf, zur Erhaltung einer wirtschaftlich unabhängigen Presse beizutragen.“

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 15. März.

In der Nachmittagsitzung wendet sich die Abg. Frau Siebert (D.) gegen die zigarettenrauchenden Damen. Abg. Noedel (D.) betont nochmals den Wert einer geschicklichen Handhabung zum Schutze der Jugend.

Abg. Klüber (Landw.) meint, die besseren Stände sollten mit dem guten Beispiel vorangehen.

Abg. Hartmann (D.) warnt vor Übertreibungen hinsichtlich der gesundheitlichen Einflüsse des Tabakrauchens. Man möge an die 44 000 Tabakarbeiter des Landes denken. Gegen ein Rauchverbot für die Jugend sei selbstverständlich nichts einzuwenden.

Mit kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (Dnall.) schließt die Debatte.

Der Antrag, wonach sämtlichen Schülern und Schülerinnen das Rauchen an öffentlichen Orten verboten werden soll, wird bei einer Stimmenthaltung angenommen. Das Haus beschließt darauf aus Zweckmäßigkeitsgründen einige Änderungen des Diätengesetzes.

Abg. Seibert (D.) berichtet über die Denkschrift des Finanzministeriums zur Waldstreuefrage. Das Haus nimmt dieselbe zur Kenntnis mit der Maßgabe, daß auch künftig in Zeiten des Notstandes bedürftigen Landwirten Waldstreue in den Grenzen des äußersten Möglichen abgegeben werden soll.

Es folgt die Erledigung einer Reihe von Gesuchen. Die Eingaben des badischen Beamtenbundes betr. die Bekleidung der Gendarmenbeamten Badens und betr. Einheitsuniformierung der badischen Polizeibeamten werden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Müller (D.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. Änderung des Gesetzes über Erziehung und Unterricht nicht volljähriger Kinder. Die Vorlage ermöglicht, die Verpflichtungsfälle in den staatlichen und privaten Anstalten für nichtvolljährige, epileptische und krüppelhafte Kinder fortlaufend in Übereinstimmung mit der Geldentwertung zu halten. Das Unterrichtsministerium ist ermächtigt, die Vergütungssätze durch Lehrerzuschläge den Kreisverhältnissen anzupassen. Die Erhebung der Beiträge wird vereinfacht. Die Vorlage findet debattelos in beiden Lesungen Annahme.

Abg. Volk (Komm.) begründet eine förmliche Anfrage betr. die Überstundenarbeit im Bankgewerbe. Arbeitsminister Dr. Engler erwidert, daß die Überstunden im Bankgewerbe in der Tat einen Umfang angenommen haben, der zu erheblichen Bedenken Anlaß gab. Im großen und ganzen sei zu sagen, daß die Banken in Baden jetzt ihrer Genehmigungspflicht genügen.

An der Aussprache beteiligten sich die Abg. Schneider-Mannheim (Dnall.) und Rüdert (Soz.). Letzterer bringt den Antrag

ein, die Regierung möge darauf hinwirken, daß die Überstunden im Bankgewerbe aufs äußerste eingeschränkt werden.

Der Antrag findet einstimmige Annahme. Auf Grund von Ausführungen der Abg. Mann (Dnall.) und D. Mayer-Karlsruhe (Dnall.) äußert sich Oberregierungsrat Seeger über die Einführung der Frankenwährung auf den Schweizer Strecken der Reichsbahn. Im Rahmen der Vorlage ist tatsächlich nur ein Drittel des schweizerischen Tarifes erhoben. Im übrigen sei die Reichsbahndirektion angewiesen, die Frage erneut zu prüfen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident Wittenmann gibt unter lebhaften Pfuirufen die Kriegsgerichtsurteile gegen badische Beamte und den Oberbürgermeister bekannt und fügt hinzu: Dieses Pfui ist die einzig richtige Antwort auf die Tätigkeit der französischen Militärgerichte. Wir müssen es als Prostitution der Rechtspflege empfinden, wenn sich dagegen nicht endlich das Volksgewissen empört, so steht die Weltgeschichte still. (Lebhafte Beifall.)

Nächste Sitzung Freitag, den 23. März, vorm. 9 Uhr. Schluß 8 Uhr. Schluß 8 Uhr.

Über die Heimstättenbewegung

Die Rede gestern abend im Sitzungssaal des Landtages der badischen Abgeordnetenversammlung in Karlsruhe. Der Landtag war fast vollständig versammelt; Landtagspräsident Wittenmann leitete die Veranstaltung. Erschienen waren auch zahlreiche Angehörige und Mitglieder der Ortsgruppe Karlsruhe der Heimstättenbewegung.

Damaische sprach sehr eindrucksvoll. Er gab eine übersichtliche Darstellung über den Kampf um die Scholle vom Altertum bis zur Gegenwart und schilderte das Wohnungsproblem der großen Städte unter Anführung statistischer Materials. Auch im Kriege habe das Land der Mittelstaaten, Deutschland, verloren gegenüber den Ländern, wie Belgien und England, in welchen das Einfamilienhaus richtunggebend für die Wohnungsfrage sei. Der Gesetzentwurf über die Heimstättenbewegung werde jetzt endlich dem Reichstag zugehen, nachdem schon vor 4 Jahren im Artikel 155 der Verfassung die Heimstättenbewegung staatsrechtlich fundiert worden sei. Auch sei für das Reich ein Beirat für die Heimstättenbewegung eingesetzt, dem Dr. Damaische präsiert. Der Vortragende streifte noch das Grundstücksverbot in Baden und forderte reichsgesetzliche Regelung der Frage.

Von der gemachten Ansprache wurde kein Gebrauch gemacht, worauf Landtagspräsident Wittenmann die Versammlung, welche dem Redner recht aufmerksam zugehört hatte, mit Dankworten an den Vortragenden schloß.

Badische Übersicht.

Das Kriegsgerichtsurteil über Holler und Kaiser.

Vor dem Kriegsgericht in Landau fand gestern die Verhandlung gegen Oberbürgermeister Holler und Gendarmenoberwachmeister Kaiser von Offenburg statt. Oberbürgermeister Holler wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe und Gendarmenoberwachmeister Kaiser zu 1 Jahr Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, die gegen das Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eingeleitete Beschwerde nach mündlicher Verhandlung kostenfällig verworfen.

Zur Frage des Fremdenverkehrs

hat der Deutsche Gewerkschaftsbund, Bezirksverband Schwarzwald, mit folgender Eingabe vom 5. d. Mts. an das Ministerium des Innern Stellung genommen:

Hiermit beehren wir uns, dem Ministerium des Innern davon Kenntnis zu geben, daß eine gestern in Billingen stattgehabte Konferenz der Ortsausschüsse des deutschen Gewerkschaftsbundes und der Kartelle der christlichen Gewerkschaften des Schwarzwaldes nach eingehender Aussprache bezüglich der Fremdenverkehrsfrage zu dem Entschluß kam, den Herrn Innenminister zu bitten, für dieses Jahr den Fremdenverkehr strikte zu unterbinden und für den Fall der ministeriellen Zustimmung zu unserem Ersuchen alle Maßnahmen zu treffen, damit diesem Standpunkte voll und ganz Rechnung getragen wird.

Zu dieser Entschließung kamen die Konferenzteilnehmer, nachdem sie auch im letzten Sommer die denkbar schlechtesten Erfahrungen mit den Kurfremden gemacht haben. Es muß zunächst festgestellt werden, daß neuerdings die Gasthof- und Hotelbesitzer, von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, die Fremden als Objekte bewerten, aus denen alles an Gewinn herausgeholt werden kann. Die Folge ist, daß diejenigen, die früher aus aus den mittleren bürgerlichen Kreisen auf den Schwarzwald kamen, jetzt vollständig zurückgedrängt worden sind, um in der Hauptsache den ganz vermögenden Kreisen aus Handel und Industrie, sowie dem Auslande Platz zu machen; ein starkes Prozentum „mit vorzüglicher Gesundheit“ ist hervorgerufen. Von diesen Gesellschaftskreisen wird vom Hotelier ein Preis verlangt, der in seinen verschiedenen Schattierungen auf die ortsanwärtige Bevölkerung „abfärbt“. Hier steht die bedauernde Schattenseite des Fremdenverkehrs ein. Die Arbeiterbewegung hat unter der vom Hotelier veranlaßten Preissteigerung überaus empfindlich zu leiden. Besonders unsere Arbeiterklasse macht in den Kurorten ein wahres Martyrium durch. Ein schmales Leben muß unsere Arbeiterklasse bis in die höheren Beamtenkreise führen, das unter dem Einfluß des öffentlichen luxuriösen Lebens der Fremden auch schließlich nicht unbeeinträchtigt bleibt. Die an sich schon fast unerträgliche Lage der Heimbevölkerung wird weiter dadurch erschwert, daß die meisten Fremden an Milch, Butter, Eiern usw. hamstern, was ihnen in die Finger kommt; dabei wird jeder Preis bezahlt. Um nicht ein ganz elendes Leben führen zu müssen und die Kinder und Frauen nicht noch mehr als es sowieso die gegenwärtigen Verhältnisse mit sich bringen, wollen sie zu lassen, sind die Familienhäupter meist gezwungen, ihre Nachkommenschaft 4, 6 Stunden und weiter herzuführen. Die strenge Anweisung, die der Herr Minister auch im vorigen Jahre gab, daß die Fremden nicht hamstern dürfen, ist, dank der meist indifferenten Haltung der Aufsichtsborgane, in den Wind geschlagen worden. Ebenso fand die Verfügung, daß die Hotelbesitzer bestimmte Auslandsnachmittage für die Fremden zu beziehen hätten, so gut wie keine Beachtung. Gerade diese systematische und hochmütige Ausschaltung der beherrschenden Autorität, auf die, wie der Volksmund sagt, „gepfiffen“ wird, veranlaßt uns mit, mit aller Entschiedenheit das vollständige Verbot des Fremdenverkehrs zu fordern.

Auf die Unterbrechung der Interessentenkreise hören wir nicht. Diese haben nur ihre, das Gesamtwohl unseres Vaterlandes immer mehr schädigende rücksichtslose Gewinnsucht im Auge, die mit zu einem großen Teile schuld an den hohen Lebensmittelpreisen bereits im vorigen Sommer war. Wir dürfen wohl hoffen, daß der Herr Minister mit uns die Überzeugung teilt, daß das Interesse des Einzelnen dem Gesamtinteresse untergeordnet ist. Jedenfalls sind wir der Auffassung, daß alles — und dazu gehört auch der Fremdenverkehr in seiner neuesten Aufmachung — vermieden werden muß, um die Gesundheit der Bevölkerung nicht zum Reizen zu bringen. Die wirtschaftliche Ausbeute unserer Bevölkerung muß endlich ein Ende nehmen!

Wir machen dem Herrn Minister den Vorschlag, so zu disponieren, daß unsere von der französis. Besatzung aus Heim und Familie vertriebenen Volksgenossen im Ruhrgebiet und in Baden in den Schwarzwaldsiedlungen untergebracht werden, ein Vorschlag, der auch im Interesse der Binderung der Wohnungsnot der Städte und der Preiskontrolle der Gasthäuser und Hotels liegt, denen der Staat für die Ausgewiesenen bestimmte niedrig gehaltene Preise vorzuschreiben hätte.

Eine Anfrage an den Reichswehrminister.

Die Mannheim „Volksstimme“ schreibt in Nr. 72 folgendes über die Beeridigung des deutschpölistischen Führers Dr. Winter in Steinen:

„Wie uns aus Pforz berichtet wird, war im vorigen volksparteilichen „Markgräzer Tageblatt“ über die Ansprachen und Kranzniederlegungen bei der Beeridigung des deutschpölistischen Führers Dr. Winter in Steinen — der bekanntlich einer Verletzung erlegen ist, die ihm nach einer geheimen Versammlung seiner Getreuen bei einem Zusammenprall mit Arbeitern durch das sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied Ludwig Steinen in der Abwehr kaiserlicher Angriffe beigebracht wurde — nach der Aufzählung einer Reihe von Sprechern u. a. das folgende zu lesen:

„Außerdem sprach als Vertreter der engeren Gefinnungsgenossen des Verstorbenen ein Reichswehroffizier am Grabe.“

Die „engeren Gefinnungsgenossen des Verstorbenen“ sind bekanntlich die Anhänger jenes Hitler in München, aus dessen Hauptquartier Dr. Winter seine politischen Insultationen nachweisbar bezogen hatte. Die Richtung Hitler aber ist die leidenschaftlichste Feindin nicht nur der gegenwärtigen Regierung Guno, sondern der gegenwärtigen Staatsform, der Republik, die sie nach italienischem Muster durch ein faschistisches Gewaltregiment ersetzen will, und der Weimarer Verfassung, deren gewalttätigen Umsturz anzustreben sie sozusagen jeden Tag sich in aller Öffentlichkeit brüstet. Ihre Organisationen und Versammlungen sind deshalb in Baden verboten. Nun hat der Herr Reichswehrminister Dr. Gumbert in seiner vielörterten Reichstagsrede vom 22. Februar ds. Js. mit Nachdruck erklärt, er werde gegen alle Organe der Reichswehr, die nicht der Politik der Regierung dienen wollen, in der schärfsten Weise vorgehen. Wir richten deshalb an Herrn Dr. Gumbert die Anfrage:

„Ist er entschlossen, aus dieser Erklärung die praktischen Konsequenzen zu ziehen? Wird er veranlassen, daß eine Untersuchung darüber eingeleitet wird, wer der Reichswehroffizier war, der in Steinen am Grabe Dr. Winters als „Vertreter der engeren Gefinnungsgenossen des Verstorbenen“, d. i. also der Nationalsozialisten, gesprochen hat? Und ist er entschlossen, gegen den Schuldigen dann in jener „schärfsten Weise“ vorzugehen, die er für diesen Fall im Reichstag in Aussicht gestellt hat?“

Der Raubüberfall in Mannheim aufgeklärt

Der Raubüberfall in Mannheim, auf die Angestellten der Kohlenfirma Adolf Linden, O. G. 9, am Abend des 14. November 1922, ist aufgeklärt. Die drei Räuber sind verhaftet. Wie wir feinerzeit meldeten, drangen am 14. November abends 7.45 Uhr zwei maskierte Räuber in die Büroräumlichkeiten der Firma Adolf Linden in O. G. 9 ein, hielten den Angestellten Revolver vor und raubten aus einem Kassenkasten circa 800 000 M. Bargeld. Der Veracht der Täterhaft wurde schon am Abend nach der Tat auf einen früheren Angestellten der Firma Linden und zwar auf den 22 Jahre alten, ledigen Kaufmann Ludwig Fischer von Ludwigshafen gelenkt, der sich zum Nachteil der Firma einer Unterschlagung schuldig gemacht hatte.

Die von der Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei angeordneten Ermittlungen und die Fahndung nach Fischer, der inzwischen nach Köln bezug. Düsseldorf flüchtig gegangen war, ermöglichten dessen Festnahme in Düsseldorf am 5. Januar 1923. Fischer wurde nach Mannheim transportiert und hat unterm 28. Februar 1923 dem Untersuchungsrichter eingestanden, daß er zusammen mit zwei anderen Tätern und zwar dem 23 Jahre alten Glaser Wilhelm Oeffermann und dem 20 Jahre alten Glaser Peter Benedel, beide von Köln, den Raub ausgeführt hat. Oeffermann und Benedel sind die, die in die Büroräume einbrachen und das Geld raubten, während Fischer angeblich Schmiere gestanden hat. Oeffermann und Benedel wurden auf Ersuchen des hiesigen Untersuchungsrichters am 12. März 1923 in Köln verhaftet. Das geraubte Geld haben die drei Täter unter sich geteilt und in der Zwischenzeit verbraucht.

Vom badischen Waldbesitzerverband

wird uns geschrieben:

In der Reichstagsitzung vom 14. März ist das Gesetz betreffend Sonderabgabe von 1½ Prozent vom Rohertrag der gesamten Holzverkäufe zugunsten der Presse, in 2. und 3. Lesung angenommen worden, nachdem der Reichsrat vorher schon seine Zustimmung erteilt hatte. Zugleich gelangte eine Entschließung vor, in dem die Holzabgabe zur Verbilligung des Druckpapiers auf 2 Prozent erhöht wird. Dazu bemerkt „Der deutsche Forstwart“:

„Es darf nicht verschwiegen werden, daß das nunmehr angenommene Gesetz vom Waldbesitz als ein schreiendes Unrecht empfunden wird. Wenn im Interesse des Volksgesunden Mittel aufgebracht werden müssen, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Lasten dafür auch von der Allgemeinheit übernommen und getragen werden. Man scheint sich noch immer nicht klar zu machen, daß man den Waldbesitz nunmehr gezwungen hat, das gesamte Papiergeld für die Fabrikation von Zeitungsdruckpapier nicht nur völlig umsonst zu liefern, sondern, darüber hinaus, noch einen Vorzuschlag zu leisten.“

Der gegenwärtige Bedarf an Papierholz für den genannten Zweck wird allgemein auf 600 000 rm geschätzt. Diese Menge stellt einen Wert von etwa 6 Millionen Goldmark oder, nach dem heutigen Markwert, etwa 30 Milliarden Papiermark dar. Nach einer sorgfältigen Friedensstatistik beträgt der Goldwert der Holzgewinnung aus den Forsten des durch den Friedensvertrag verkleinerten Deutschlands etwa 598 Mill. Goldmark. Wenn auch dieser Gesamtertrag nicht als Verkaufsertrag durch die Wälder gehen wird, so kann man doch mit mindestens 500 Mill. Goldmark als Ertrag der Holzverkäufe auch heute noch rechnen, da der Verkaufsertrag des Holzes mindestens dem Goldwerte entspricht. Wahrscheinlich ist diese Summe noch höher. Hiervon 1½ Prozent sind 7½ Millionen Goldmark, die nach dem neuen Gesetz als Steuer erhoben werden; das sind also 1½ Mil.

von Holz mehr, als der Preis des gesamten Papierholzes beträgt. Bei einem Vorkauf von 20.000 auf Reichsdeckung umgerechnet, bedeutet dies die angegebene Summe von 37,5 Milliarden Papiermark. Von dieser Summe muß etwa die Hälfte vom Privat- und Gemeindefonds abgezogen werden. Diese Zahlen allein genügen, um die Ungeheuerlichkeit des neuen Geschehes zu kennzeichnen.

Während man von dem Waldbesitz Milliardenbesitz auf geschlichem Wege erzwingt, verläutet nichts von einem Opfer, das der Papierindustrie und dem Handel zugemutet worden wäre. Nachdem nunmehr das gesamte Papierholz billig umsonst geliefert wird, darf man wohl erwarten, daß die Papierpreise rasch heruntergehen werden. Geht dies nicht, so kann das nur seinen Grund darin haben, daß bei der Fabrikation oder beim Handel Unsummen, sei es verdient, sei es verschleudert werden. Anstatt hier den Hebel anzusetzen, trägt man sich noch immer mit der Absicht, die Sonderbesteuerung des Waldbesitzes noch zu erhöhen, denn darauf läuft es hinaus, wenn der Reichstag an die Regierung mit dem Ersuchen herantritt, in einer neuen Vorlage sich für eine Erhöhung der Holzabgabe auf 2 Prozent einzusetzen.

Die Rebfläche in Baden und in Süddeutschland im Jahre 1922.

Seit Jahrzehnten beobachten wir, laut Nr. 2 der Statistischen Mitteilungen über das Land Baden, in Baden eine stetige Vergrößerung der Rebfläche. Der Krieg mit seinem Mangel an Arbeitskräften und dem verringerten Konsum hat diese Entwicklung weiter gefördert. Von 1892 ab bleibt die Gesamtfläche Badens mit kleinen Schwankungen unter 20.000 Hektar. In den Jahren 1906/13 sank der Anbau von 19.151 Hektar auf 14.969 Hektar. Im Jahr 1919 waren nur noch 11.392 Hektar mit Reben angebaut. In den wenigen Jahren nach dem Krieg wuchs aber rasch der Rückgang ins Gegenteil um und das Jahr 1922 übertrifft mit 15.117 Hektar Gesamtfläche um 1024 Hektar, die Anbaufläche des Jahres 1914 mit 14.093 Hektar. Wie aus der nachfolgenden Zahlenübersicht hervorgeht, gibt es drei badische Weinbaugebiete, die gegenüber dem Jahre 1914 eine Vermehrung zu verzeichnen haben. Es ist das die Ortenau und Bühler Gegend, der Gebirgsrand östlich Karlsruhe und Pfalz mit dem Rurgal, herkömmlich in der Statistik als „Untere Rheingegend“ bezeichnet, und der Kraichgau mit dem Neckartal. Im Markgräflerland, im Kaiserstuhl und am See aber sind die Verluste noch nicht eingeholt worden und es scheint, daß die Vermehrung in den ergriffenen Gebieten nicht dem Qualitätsweinbau zugute gekommen ist.

Eine Übersicht der badischen Weinbaugebiete zeigt für das Jahr 1922 im Verhältnis zu 1914 folgende Verschiebungen:

Weinbaugebiete	1914	1921	1922	mehr (+)	weniger (-)
	ha	ha	ha	ha	ha
Seegegend	850	667	653	-	197
Oberes Rheintal	280	201	201	-	79
Markgräflerland	2825	2700	2695	-	130
Kaiserstuhl	2570	2523	2530	-	40
Breisgau	1692	1609	1545	-	147
Ortenau und Bühler Gegend	2716	2839	2842	+ 126	-
Untere Rheingegend	886	992	937	+ 51	-
Kraichgau und Neckargegend	752	796	932	+ 180	-
Fergstraße	338	360	337	-	1
Main- und Taubergegend	669	556	361	-	308

Die größten in Ertrag stehenden Weinbergflächen finden sich in den Bezirken Dreifach (1054 Hektar, Emmendingen (1518 Hektar), Mühlheim (1093 Hektar), Ofenbrunn (996 Hektar) und Bühl (735 Hektar). In 14 Amtsbezirken gibt es vorwiegend aus klimatischen Gründen keine Weinberge und in 5 wurden weniger als 10 Hektar Rebfläche festgestellt. Den größten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche nimmt der Rebbau ein im Kaiserstuhl in den Bezirken Dreifach (14,5 Proz.) und Emmendingen (6,1 Proz.), im Markgräflerland und Breisgau in den Bezirken Mühlheim (5,8 Proz.), Korrach (4,7 Proz.), Stoufen (4,1 Proz.) und Erlenheim (4,2 Proz.), in der Ortenau und Bühler Gegend in den Bezirken Oberfisch (5,6 Proz.) und Bühl (6,1 Proz.) und im Kraichgau im Bezirk Wiesloch (5,4 Proz.).

Die Entwicklung des badischen Weinbaus findet in den Weinbaugebieten der Nachbarländer ihr Gegenstück. Unter den süddeutschen Weinbauländern steht Baden an dritter Stelle. Im Jahre 1922 wies Baden mit seinen rheinpfälzischen und fränkischen Rebgemeinden eine im Ertrag stehende und nicht ertragende Fläche von zusammen 20.932 Hektar, wovon eine Fläche von 15.756 Hektar, Baden 15.117 Hektar und Württemberg 10.889 Hektar auf.

Sowohl die bayerische wie die württembergische Rebfläche hat im Laufe einer starken Verminderung erlitten. Von 18.432 Hektar Reben im Jahre 1912 waren 1916 in Bayern nur noch 13.802 Hektar vorhanden. Württemberg erlebte in der Zeit von 1880—1921 einen Rückgang von 7755 Hektar = 41,7 Proz.

In der Nachkriegszeit verläuft allerdings die Entwicklung in den beiden Ländern etwas verschieden. Der württembergische Weinbau weist 1922 mit 10.889 Hektar 74 Hektar mehr als im Jahr 1921 auf, der bayerische Weinbau dagegen hat mit 20.632 Hektar den Stand des Jahres 1912 sogar um 2200 Hektar überholt. Der Grund für diese bedeutende und rasche Zunahme der Rebfläche dürfte hier vor allem in der feindlichen Besetzung der Pfalz und deren wirtschaftlichen Folgen zu suchen sein.

Dieser Grund wäre wohl auch für die Ausdehnung des bayerischen Weinbaus mit anzuführen. In Hessen ist allerdings die Entwicklung seit längerem schon eine aufsteigende gewesen und die Kriegsjahre brachten nur einen geringfügigen Rückschlag. Von 10.983 Hektar im Jahre 1878 nimmt der Anbau bis zum Jahre 1922 auf 1912 waren 13.030 Hektar erhebliches Wachstum festgestellt worden. Bereits 1919 aber war diese Zahl mit 13.298 Hektar um 268 Hektar größer als die des Jahres 1912 und im Jahre 1922 erreicht Hessen den Höchststand mit 15.756 Hektar.

Es wäre interessant festzustellen, wie sich der elässische Rebbau, der unter ähnlichen natürlichen Voraussetzungen steht wie der badische und pfälzische und mit diesem stets im Konkurrenzkampf stand, sich unter der Einwirkung des Krieges und in der Nachkriegszeit entwickelt hat. Mangels vergleichbarer Materialien können aber hier sichere Angaben nicht gemacht und Schlüsse nicht gezogen werden.

Briefpost nach und aus England.

Anfolge der durch den Einbruch französisch-belgischer Truppen ins Ruhrgebiet hervorgerufenen Störungen im Eisenbahnbetrieb können die Linien Köln—Gerebestal—(Ostende) und Duisburg—Goch—(Wijchingen), über die sich früher der Hauptteil des Verkehrs bewegte, zur Beförderung der Briefpost nach und aus England und der über Großbritannien zu befördernden Überseepost nicht mehr benutzt werden. Die Umleitung der früher über diese Wege beförderten Post ist Deutschland veranlagt worden, sobald Störungen auf den in Betracht kommenden Eisenbahnstrecken hervortreten. Doch haben diese Umleitungen, wie bei der Schwierigkeit der Durchführung so umfangreicher Verkehrsverstellungen erklärlich, zum Teil nicht unerhebliche Verzögerungen in der Überkunft der Sendungen, namentlich in der ersten Zeit, verursacht.

Seit der Verkehrsunterbrechung wickelt sich der Postverkehr mit England wie folgt ab: Der größte Teil der Post aus England nimmt den Weg über Goch—Gerebestal—(Ostende)—Wijchingen, während der über Wijchingen zugehende übrige Teil der Post aus England seitens der holländischen Postverwaltung von Wijchingen aus mit Personenzügen über Moosendaal—Arnhem ebenfalls nach Ostende befördert wird. Von hier aus gelangen beide Posten über Bentheim—(Meine)—Osnabrück nach Deutschland. Für die Beförderung der Post nach England wird vorwiegend der Weg über Osnabrück—(Ostende)—Goch—(Ostende) benutzt. Soweit die Post nach England, z. B. diejenige aus Süddeutschland, bisher auf anderem Wege (über Frankreich) abgehandelt wurde, ist Prüfung im Gange, ob auch diese Post über die Niederlande geleitet werden kann.

Die über England zu befördernde Überseepost aus Deutschland usw. wird ausschließlich über Ostende—Arnhem—Moosendaal—Wijchingen derart befördert, daß der Anschluß an die in Betracht kommenden Dampfer gesichert ist. Die Überseepost nach Deutschland und Durchgangsländern wird dagegen sowohl über Wijchingen—Ostende als auch über Goch—(Ostende)—Wijchingen geleitet.

Die deutsche Postverwaltung ist dauernd bemüht, den Verkehr mit England, wie überhaupt mit dem Auslande, so rasch, wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, abzuwickeln und noch vorhandene Mängel in der Ableitung der Sendungen zu beseitigen. Bestimmte Verzögerungen lassen sich aber, solange die wichtigsten Leitwege nicht benutzt sind und für die Bearbeitung und die Beförderung der aus vielen Hunderten von Säcken bestehenden Englandpost und englischen Überseepost nur noch die Bahnposten der Strecke Meine—Bentheim—Ostende zur Verfügung stehen, auch in Zukunft nicht vermeiden und zwar insbesondere, weil auch im unbesetzten Deutschland zahlreiche Eisenbahnzüge, in denen Bahnposten verkehren, zum Schaden der Postbeförderung weggelassen sind. Nachdem inzwischen die Schwierigkeiten, die sich anfangs der ordnungsmäßigen Bearbeitung der Auslandpost in den Bahnposten der vorgenannten Strecke entgegenstellten, größtenteils beseitigt sind, darf mit einer regelmäßigen, wenn auch gegen früher langsameren Postbeförderung gerechnet werden. Jedenfalls dürfen Verzögerungen in dem Umfang, wie sie in der ersten Zeit der Umleitung bemerkt worden sind, nicht mehr vorkommen.

Die Verkehrslage in der Pfalz.

Am Reichsbahndirektionsbezirk Ludwigshafen ist die Lage unregelmäßig. Der Güterverkehr auf den militärisierten Strecken ist sehr unregelmäßig und gering. Die Werksbetriebe der Franzosen, die das Personal zur Arbeitsaufnahme bewegen soll, erstreckt sich auch auf die Nebenlinien. Für den vorerwähnten Arbeiterverkehr ist eine Automobilgesellschaft m. B. G. gegründet worden. Auf der schmalfurigen Strecke Ludwigshafen—Medenheim fahren zwei Paare für Arbeiterverkehr völlig leer. Während die Pfälzer die französischen Züge boykottieren, muß jedoch festgehalten werden, daß die rechtsrheinischen Deutschen sich dem Boykott nicht mit der gleichen Begeisterung anschließen. Wie von zuständigen Stellen berichtet wird, sind z. B. am Mittwoch 200 Personen aus dem unbesetzten Deutschland in die französischen Züge eingestiegen.

Der Geschäftsverkehr in der Pfalz liegt seit Stilllegung des Eisenbahnbetriebes völlig darnieder. Der Personenverkehr wird einigemmaßen durch Postautos aufrecht erhalten. Die Pfälzer Bevölkerung erfährt fast nichts von den Vorgängen in der Welt, da die meisten Zeitungen verboten sind und diejenigen, die erscheinen, unter strenger Zensur stehen. Die Geschäftsreisenden sind ganz auf den privaten Autoverkehr angewiesen, da mit den von Franzosen geleiteten Zügen kein Deutscher fährt. Der Straßenverkehr ist infolge dessen sehr stark, aber auch die Fahrten damit sehr teuer. In Birnbaum, der großen Schuhzentrale, sind die Hotels nahezu völlig leer; sie müßten aber offenbleiben, da französische Offiziere darin einquartiert sind.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Weiskirchen, 16. März. Nachdem bisher bei Holzverkäufungen auf die Landesdurchschnittspreise gewöhnlich um 1000 Prozent herum geboten wurde, wurden bei derartigen Verkäufungen in Reichenau und Dingelsdorf kürzlich nur umgekehrt 700 Prozent genannt. Der Anschlag des Forstamtes wurde bei diesen Verkäufungen keineswegs erreicht; vielfach ist nur die Hälfte des Anschlags erzielt worden.

DZ. Heidelberg, 16. März. Diese Woche trafen in Heidelberg 17 Polizeibeamte aus Neckinghausen, Buer und Gerne ein. Sie waren am 7. Februar von den Franzosen, weil sie sich weigerten, den französischen Wehrdienst zu leisten, verhaftet und zu je 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden, die sie im Gefängnis in Zweibrücken verbüßen mußten.

DZ. Forstheim, 16. März. Die Stadt brachte gestern neue Zehntausendmarktscheine im Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark in den Verkehr. Sie zeigen das Bild Reichlins mit der Stadt Forstheim im Hintergrund. Forstheim hat dann jetzt insgesamt 800 Millionen Mark Papiergeld in den Verkehr gesetzt.

Gengenbach, 14. März. Die Kaminfegerinnung für Baden hielt hier die Generalversammlung ab. Trotz der Schwierigkeit der Verkehrsverhältnisse konnte der erste Vorsitzende, Obermeister Krosch (Breiten) eine außerordentlich große Zahl von Mitgliedern begrüßen. Betreten wurde auch das Arbeitsministerium. In dem von Syndikus Huber erstatteten Geschäftsbericht wurde betont, daß das heutige schlechte Brennmaterial die Bildung von Glanzruß und damit die Feuergefahr fördert und somit die Aufgabe der Kaminfegermeister doppelte Aufmerksamkeit erfordert. Die im Landesgewerbeamt abgehaltenen beizutechnischen Kurse sollen vor allem die Kenntnisse des Kaminfegermeisters ergänzen. Im Lauf der Tagung wurde eine strenge Handhabung der Meisterprüfungen gewünscht. In der Frage der Verhoerung der alten Kaminfegermeister wie der Hinterbliebenen finden augenblicklich eingehende Verhandlungen statt. Die badische, geschlecht verankerte Unterstützungskasse müsse unbedingt erhalten bleiben. Energischer Protest wurde gegen die Auffassung des Bezirksbauamts Offenburg erhoben, wonach der Kaminfegermeister gegenüber dem Gehilfen lediglich das Einkommen haben soll, das ein Arbeiter oder ein Vorarbeiter beziehe, also 10 bis 20 Prozent mehr als der Gehilfe. Der erste Vorsitzende wurde wiedergewählt und Kaminfegermeister Wacker (St. Georgen) in den Vorstand gewählt.

DZ. Trübs, 16. März. Zwischen Niederrhein und Trübs am Ausgang des Forsttunnels wurden am Montag vormittag der verheiratete 58 Jahre alte Oberbahnwärter Gelzmann von Marfation 56 und der verheiratete 56 Jahre alte Notenschreiber Berner der Bahnhofsleiter Trübs von einer Lokomotive erfasst und über die Wöschung geworfen. Während Gelzmann leichtere Verletzungen davontrug war Berner sofort tot. Genauer über den Vorgang ist noch nicht bekannt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verdacht, 16. März. Gegen den Freizeit Johann Mater-Musek in Korrach ist mit Strafbefehl vom 6. März 1923 wegen wissentlicher Hinterziehung der badischen Einkommensteuer, der Reichseinkommensteuer, Umsatz-, Besitztsteuer und Körperschaftsteuer auf eine Gesamtgeldstrafe (einschließlich Kosten und Steuern nachträglich) von 456 442 M. erkannt worden.

DZ. Vom Bodensee: Zu der Ozeanfahrt eines Segelbootes wird jetzt berichtet, daß das Boot fertiggestellt ist und voraussichtlich im Laufe des Monats Mai seine Ausrüstung nach New York antreten wird. Das Fahrzeug hat eine Länge von 14 Metern, eine Breite von 3 Metern, 1,8 Meter Tiefgang und 12 Tonnen Wasserdrängung. Die drei Segel haben 90 Quadratmeter. Für Notfälle und Ozeanfahrungen ist das Boot mit einem 6 PS Motor ausgerüstet. Die Ozeanreise hat den Zweck, der Welt zu zeigen, daß deutscher Sportsgeist nicht erloschen ist.

Aus der Landeshauptstadt.

Nationalsozialistische Propaganda.

Die Nationalsozialisten entfalten, wie der „Volkstreu“ berichtet, zurzeit eine eifrige Tätigkeit auch in unserer Stadt. Sie verteilen Anmeldebüchlein und laden zur Mitgliedschaft ein. Wie es auf den Formularen heißt, kann nur jemand Mitglied werden, der arischer Abstammung und deutscher Volksgenosse ist. Wirklich deutsch fühlende und nicht von allen guten Geistern verlassene deutsche Volksgenossen lehnen es ab, den nationalsozialistischen Karren sich anzuschließen, denn sie weisen es weit von sich. Mitglied der Rotenröhrergarde der deutschen Republik zu werden. Die republikanisch gesinnte Bevölkerung, besonders die organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft wird gut tun, auf der Hut zu sein und den nationalsozialistischen Agitatoren energisch entgegenzutreten und für nötige Aufklärung zu sorgen.

Ein Monat Erwerbslosen-Kommission.

Die unter dem Vorsitz des Herrn Köllnerberger tätige Erwerbslosen-Kommission hat sich im ersten Monat ihres Bestehens eifrig bemüht, Hunger zu stillen, Not und Elend zu lindern, Paß und Verbitterung zu beseitigen. Auf Veranlassung der Kommission wurden von der Stadt 20 Millionen Mark bewilligt, um die gemeinnützige Beschäftigungsstelle so zu vergrößern, daß weitere 70—80 Erwerbslose ihren Lebensunterhalt dort durch Zerlegen von Holz und Flechten von Korbwaren verdienen können. Die ganz täglich bemessenen Unterstützungssätze konnten um 100 Prozent erhöht werden. Eine weitere Erhöhung ist beantragt. Wegen Anteil nahm die Kommission an der Bekämpfung von Bucher und Schieberkum. Eine von der Kommission beantragte Notzulage, welche vom Stadtrat bewilligt wurde, konnte 140 arbeitslosen Familien Geldbeträge, Kartoffeln und Mehl zuwenden in der Höhe bis zu 12 000 Mark pro Familie.

In einer Versammlung konnte dann aus der Sammlung, die das Bezirksamt der Kommission genehmigt hat, an jeden Ledigen 1000 Mark und an jeden Verheirateten ohne Unterschied 1500 Mark, außerdem Brot, Kartoffeln usw. verteilt werden. Durch die Spenden der Firma Scheurer & Co. und Hermann Wundling konnten an 500 Erwerbslose in der letzten Versammlung Maffarino verteilt werden. Zu den Spenden der Bäcker aus Karlsruhe, Müppert und Daglanden hat die Kommission noch aus Barmitteln Brot dazu gekauft, so daß man an alle Arbeitslosen Brot verteilen konnte. Für 30 Paar Schuhe hat die Kommission 100 000 M. verausgabt, um so Arbeitslose, die Schuhwerk notwendig bedürftigen, und infolge der teuren Preise sich sicher keines anschaffen können, damit zu versorgen. Die Kommission hat 550 Paar Schuhe angekauft aus Mitteln der Spenden (für 1,2 Millionen Mark). In einer von der Erwerbslosenkommission errichteten Reparaturwerkstätte werden von arbeitslosen Schuhmachern diese Schuhe hergerichtet und dann an bedürftige Arbeitslose und Arme verteilt.

Dieser Reparaturwerkstätte wird eine Pfadstube angegliedert, in der arbeitslose Schneider gegen Vergütung durch die Kommission bedürftigen Erwerbslosen Kleidungsstücke und Mäntel ausbessern. Mit den Volksküchen hat die Kommission eine Vereinbarung getroffen und hat jetzt schon über 200 Arbeitslosen warmes Essen im Werte von 88 000 Mark verabfolgt. Die in Arbeit befindlichen Kollegen in den Betrieben haben es sich nicht nehmen lassen, dem Aufruf der Kommission zu folgen, und haben ohne Unterschied namhafte Beiträge — größere Betriebe wie Maschinenbau-Gesellschaft, Gaid & Neu, Hauptwerkstätte und Gaswerk sogar Millionenspenden — bewilligt. Durch diese Spenden ist die Kommission in der Lage, allen einem Verband oder einer Gewerkschaft (gleich welcher politischen Richtung) angehörigen, die sich beim Arbeitsamt um Arbeit bemühten, Erwerbslosen — Männer und Frauen — eine Millionenspende am Freitag, den 16. März, nachmittags 2 Uhr, auszusahlen, und zwar: für Ledige, die im eigenen Hausstand wohnen, unter 21 Jahren 3000 M., für Ledige, die im eigenen Hausstand wohnen, über 21 Jahren 4000 M., für selbständige Ledige 6000 M., für Verheiratete 6000 M., für deren Frauen 2000 M., für jedes Kind 1000 M. Antragscheine hierzu sind an den Schaltern des Arbeitsamts erhältlich und müssen, gewissenhaft ausgefüllt, bis längstens Donnerstag, den 15. März, abends 6 Uhr, im Büro Weiertheimer Allee 10 abgegeben sein.

Die Firma Brombacher & Co. hier hat der Kommission sechs Zehnter Reis zum Preise von 500 M. pro Pfund und 8 Kisten Rüben zum Preise von 800 M. das Pfund überlassen, was eine Spende den heutigen Lohnpreisen nach berechnet, von 540 000 M. bedeutet. Der Obermeister der Metzgerinnung hat der Kommission auch von Seiten der Metzger eine Spende zugesagt, welche am Montag in der Versammlung zur Verteilung gelangt.

Einer Anzahl Bedürftiger wurden Zulagen zur Miete, Gasrechnung, Arzt und Apothekerrechnung, Begräbnislosten usw. von den gesammelten Spenden gewährt. Den Arbeitslosen müssen, werden besondere Beihilfen gewährt. Infolge einer Besprechung des Vorsitzenden Köllnerberger und der Kommissionsmitglieder Götz und Konrad wurde von der Stadt die Zuzahlung gegeben, daß verheirateten bedürftigen Arbeitslosen, welche Mangel an Kartoffeln und Brennmaterial haben, folches auf Antrag verabreicht wird. Der Kommission gefloren außer den bereits Genannten noch an: Die Herren Bauer, Oyr, Egg und Lohner.

Einem Aufruf der Kommission an besser gestellte Familien Kinder arbeitsloser Familien Mittags- oder Abendessen zu gewähren, haben eine Anzahl Familien entsprochen. Viele hungernde Kinder konnten sich einmal wieder sattessen. Sichtlich erfreut und glückselig sah ein 10jähriges Mädchen auf das Büro der Kommission und meinte: „Heut habe ich mich mal ordentlich satt gegessen, Hahnenfüßchen, Griesknöpfchen und Schnitz hat's gegeben, meine Leberpeise und jeden Tag soll ich kommen.“ Offentlich finden sich noch recht viele elendende Familien, die hungernde Kinder zu sich nehmen. Soltet fest zusammen und helfst gegenseitig im Durchhalten. Die Bedürftigen im Leben, die Bedürftigen in Ruhe und Besonnenheit, dann werden auch wir die große Not beheben können.

Bund für deutsche Familie und Volkskraft.

Am vergangenen Sonntag vereinigte der Bund für deutsche Familie und Volkskraft in Verbindung mit den gesamten Frauenorganisationen der Stadt Karlsruhe eine mächtige Frauentumgebung für Reinheit und Sitte in Volk und Familie, die im überfüllten großen Festhallsaal stattfand. Frauen aller Stände und Konfessionen hatten sich zusammengefunden. Die Leiterin des Bundes Fräulein Lina Breune eröffnete die Versammlung. Sie stellte die Anwesenden in der Not der gegenwärtigen Stunde vor ihre besonderen Frauenaufgaben. Die erste Rednerin war Guida Diehl, Führerin der Neulandbewegung Eisenach. An Stelle der verhinderten Fräulein Helene Weber-Berlin hatte Fräulein Maria Beyerle in letzter Stunde die Vertretung übernommen. Am Schlusse wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Eine vom Bund für deutsche Familie und Volkskraft unter Mitwirkung sämtlicher Frauenorganisationen der Stadt Karlsruhe einberufene nach Tausenden zählenden Versammlung von Frauen aller Stände und Bekenntnisse tritt gemeinsam ein für Reinheit und Sitte in Volk und Familie. Sie erkennt im Niedergang von Reinheit und Sitte einen Hauptgrund der gegenwärtigen Not im Inneren und unseres Vaterlandes. Sie gelobt an ihrem Teil in Wort und Tat einzutreten für die Beibehaltung der Ehe, für die Reinigung unseres öffentlichen Lebens von den Mächten der Gemeinheit und Unreinheit. Sie fordert eine Erziehung unserer Jugend zu Ehrfurcht, Zucht, Reinheit und Gottesfurcht. Sie sieht allein in einer inneren Erneuerung der wichtigsten Keimzellen des Staates, der Familie, die Möglichkeit zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Sie fordert Jugend und Alter auf zu einmütigen Widerstand gegen die Mächte des Schlechten. Dem andringenden Feind vor unseren Toren werden sie sich als edelste deutsche Frauen erweisen, die Reinheit und Sitte als edelstes Gut der deutschen Frauen zu wahren wissen.“

* Dem Karlsruher Landestheaterorchester gingen von Direktor Carl Riefen des Königl. Konservatoriums in Kopenhagen folgende Zeilen zu: „Es war für mich eine große und wahre Freude, mit dem Karlsruher Landestheaterorchester zu musizieren. Ich bewundere den schönen Klang, die bewegliche biegsame Phrasierung, die rhythmische Verbe und Elastizität,

deren ich mich als Leiter wie als Zuhörer erfreuen konnte. Ich habe diese außergewöhnliche künstlerische Disziplin, diese ausgezeichnete Orchesterbegleitung für den vollendeten Ausdruck der hochstehenden deutschen Kunst und Kultur.“

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Höhe des Tarifs zur Berechnung des Werts der entworfenen Weberzeugnisse vom 1. September 1914 — Staatsanzeiger 1914 S. 288 ff. — werden mit Wirkung vom 1. April 1923 wie folgt erhöht:

für Stämme, Abschnitte, Stangen, Rupschichtholz und Rührrinde auf das	4000 fache,
für Rührreißig, Schets, Prügel- und Riechholz und alle Nebenleistungen auf das	2000 fache,
für Stockholz, Reischholz und Abfälle auf das	1000 fache.

Die Bekanntmachung vom 18. Dezember 1922 — siehe Staatsanzeiger — Karlsruher Zeitung Nr. 31 vom 27. Dezember 1922 — wird hiermit aufgehoben.

Im übrigen bleibt der Werttarif vom 1. September 1914 bis auf weiteres in Gültigkeit.

Karlsruhe, den 9. März 1923.

Finanzministerium — Postabteilung —
G r e i f.

Die in der Zeit vom 22. bis 27. Februar 1923 abgehaltene Gewerbelehreprüfung haben folgende Kandidaten bestanden: Baumann, Anton, von Freiburg, Bad, Walter, von Karlsruhe, Ding, Heinrich, von Ebingen (Amt Schöppingen), Ernst, Rudolf, von Mosbach (Amt Mosbach), Gerhardt, Paul, von Durlach, Hammer, Siegfried, von Gnadenfeld (Oberpfaffenheim), Klotter, Hermann, von Karlsruhe, Koser, Edwin, von Karlsruhe, Neuer, Kurt, von Karlsruhe, Richter, Leopold, von Gersheim, h. Hann, Ralle, Hans, von Karlsruhe, Ruy Eugen, von Karlsruhe, Schäfer, Heinrich, von Sulzbach (Amt Weinheim) Steeger, Josef, von Bruchsal, Uhl, Edwin, von Karlsruhe.

Badisches Landestheater.
Samstag, 17. März. 6 $\frac{1}{2}$ b. g. 10 Uhr. Sp. I. Abt. 4000 M.
Abonnement F. M.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001-1100 und 4401-4600.
Romeo und Julia.

Spielplan vom 18.-27. März 1923.

Im Landestheater. So. 18. nachm. 2 $\frac{1}{2}$.
Der Vetter aus Dingsda (Sp. I. 2400.) Abends 6 $\frac{1}{2}$.
Neu einstudiert. **Meister Guido.** (Sp. I. 7000.) — Mo. 19.
VI. Sinfonie-Konzert. 7 $\frac{1}{2}$. (Sp. I. 1000.) — Die. 20.
Volksbühne. P. 5. **Das Postamt. Die Komödie der Irrungen.** 7. (Sp. I. 4000.) — Mi. 21. Für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volksschüler. **Wilhelm Tell.** 5 $\frac{1}{2}$. Do. 22.* Abonn. A. 17. **Meister Guido.** 6 $\frac{1}{2}$. (Sp. I. 5500.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-600. — Fr. 23. Volksbühne. O. 3. **Die lustigen Weiber von Windsor.** 7. (Sp. I. 5500.) — Sa. 24.* Abonn. B.M. Nathan der Weise. 6 $\frac{1}{2}$. (Sp. I. 4000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101 bis 1400. — So. 25. vorm. 11 $\frac{1}{2}$. In der Wandelhalle des I. Rangs. **Morgenseier des Theaterkulturverbands.** Vortrag: Prof. Dr. Drews über: Wagners Parsifal. 200 Mk.; für Mitglieder des Theaterkulturverbands 100 Mk. — **Der Evangelist.** 6 $\frac{1}{2}$. (Sp. I. 7000.) Mo. 26. Volksbühne. P. 6. **Das Postamt. Die Komödie der Irrungen.** 7. (Sp. I. 4000.) — Die. 27.* Abonn. C. 17. Fideho. 7. (Sp. I. 5500.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 601-700, 701-2400.

Im Konzerthaus. So. 18. nachm. 3. Volksbühne. N. 10. **Der Raub der Sabinerinnen.** Abends 7.* **Charleys Tante.** (Park. I. 3000.) — Fr. 23. Volksbühne. Q. 3. **Erde.** 7. — So. 25. nachm. 3. Volksbühne. Q. 6. **Erde.** Abends 7.* **Altheideberg.** (Park. I. 3000.)
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 17., nachm. 1/4, 4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 19. März an.
Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortrag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr).



garantiert für gute Qualität

Wir verlängern unser
Ausnahme-Angebot!
20% Nachlaß
für sämtliche Schuhwaren
auf unsere teils unter Tagespreis festgesetzten Verkaufspreise

Zum Verkauf kommen nur anerkannt erstklassige Qualitäts-Erzeugnisse

Carl Fritz & Co. Schuhwaren

MANNHEIM

H 1, 8 Breitstraße, H 7, 29 Jungbuschstraße

KARLSRUHE

Adlerstraße 43

STUTTGART

Schloßstraße 26

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen
Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.
Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201

Telegramm-Adresse: Landmaschine.

Großhandlung landwirtsch. Maschinen

der Generalvertreter:

R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren
Motor u. Dampf-Dreschmaschinen.
Beste und billigste Bezugsquelle.

K. Ertel, Karlsruhe

45 Kaiserallee 45

Landwirtschaftliche Maschinen aller Art
Spezialität in Milchseparatoren

Reparaturen
Lieferung von Ersatzteilen zu Zentrifugen
und Maschinen aller Systeme
Anfertigung von Haus-, Hof-, Straßen- und
Flügelpumpen etc.

Landw. Maschinen und Geräte
jeder Art, Ersatzteile usw.

erhalten Sie stets zu konkurrenzlos
billigen Preisen auf unseren Lägern
Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg,
Mosbach, Helmstadt, Waldshut,
Steinen, Radolfzell

Bad. landw.

Hauptgenossenschaft

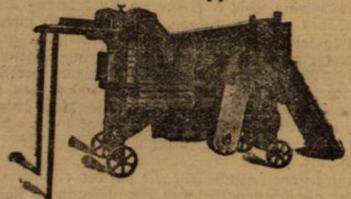
Abteilung Maschinen
Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.

Die geographischen Grundlagen des
deutschen Volkstums

Von Prof. Dr. Norbert Krebs (Freiburg i. B.)
„Wissen und Wirken“ Band 4

Grundpreis M. 1.— x Schlüsselzahl des Buchhandels
Verlag G. Braun, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.

Gebr. Wülker
Karlsruhe i. B. Ruppurrerstr. 64



Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE

Sprengkapseln und Zündschnüre
zum Sprengen von Baumstumpfen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)

Telephon Nr. 8

Hack-Mähtelplüge — Acker-, Saat- und Wiesen-
Patent **EGGEN Neubeck**

sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerk-
zeuge. Durch Serienfabrikation billige Tagespreise

Josef Neubeck, Rastatt